

Russische Post

34136920
302-2110133

Die Geschäftsstelle befindet sich im
Deutschen Nationalrat für Georgien:
Tiflis, Michael-Str. Nr. 108.

Erscheint 2mal wöchentlich:

am **Mittwoch** und am **Sonntag**
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11
Uhr vorm. — Sprechstunde der Redak-
tion: In der Wohnung des verantw.
Redakteurs — Subaloff-Str. (früher Malaja
Sjudebnaja) Nr. 13, Su. 6, im Hof — werk-
täglich von 6—7 Uhr abds.

Nr. 7.

Tiflis, Sonntag, den 18. Februar 1922.

14. Jahrgang.

Politische Nachrichten.

Poincaré hat vorgeschlagen, die Konferenz in Genua, welche bekanntlich am 8. März eröffnet werden soll, zu verlagern und zunächst eine interalliierte Konferenz, d. h. eine Besprechung der Ententemächte, stattfinden zu lassen, auf der die Fragen, welche die erwähnte Konferenz zu behandeln haben würde, erst gründlich zu bearbeiten wären. Es ist klar, daß Poincaré Zeit gewinnen will, um die Verbündeten, vor allem England, von dem Gedanken einer Lösung der erwähnten Fragen in der von Lloyd George gewiesenen Richtung, wenn nur irgend angängig, ganz abzubringen oder sie wenigstens zu einer Aenderung des Programms der Konferenz in einen den Interessen Frankreichs mehr entsprechenden Sinne zu veranlassen. Das wäre der Anfang des Rätselspiels der französischen Diplomatie, die Spitze natürlich gegen Deutschland und Rußland gewandt, deren gleichberechtigtes Aufsitzen in Genua dem Nachfolger Briand's, der in dieser Beziehung das richtige Verständnis besaß, hatte, ein Dorn im Auge ist, den er entfernt wissen möchte, ehe er sich an den Genuaer Konferenztag fest. Poincaré lebt eben nach wie vor in der Wahnvorstellung, daß man Deutschland bloß zu diktieren brauche, die Sowjetregierung Rußlands aber nicht als die rechtmäßige Vertreterin der Interessen des russischen Volkes zu betrachten sei und daher auch nicht befragt werden dürfe, ob es gewillt wäre, unter den in Cannes festgestellten, für alle nach Genua einzulandenden Staaten gleich verbindlichen Bedingungen an dieser Konferenz teilzunehmen. Die Bedeutung des in Rede stehenden Schachzuges Poincaré's läßt sich zurzeit begrifflicherweise noch nicht im ganzen Umfange erfassen, aber nicht unrichtig dürften diejenigen haben, welche in denselben eine „ernste Gefahr“ für das Zustandekommen der in Aussicht genommenen Konferenz überhaupt erblicken zu müssen meinen, deren Folgen für den europäischen Kontinent geradezu „katastrophal“ sein würden. Leider scheinen nun die Dinge in der Weltpolitik so zu liegen, daß der Vorschlag Poincaré's gesicherte Aussicht hat, durchzuführen. Wenn englischerseits auch betont wird, daß die Verzögerung der Konferenz von Genua nur eine kurzfristige sein dürfte, so will das nicht viel sagen, denn wer weiß, was an Schwierigkeiten die so laut angepriesene Konferenz zutage fördern und wie sich das Weltgeschehen in der Zwischenzeit gestalten wird. Die Zustimmung der Ententemächte zum Vorschlag Poincaré's wird um so leichter zu erlangen sein, als die Verein. Staaten von Nordamerika, die endgültig beschlossen haben sollen, keine offizielle Vertretung nach Genua zu entsenden und im besten Falle lediglich gewisse Personen zu beauftragen, der Konferenz als unbeteiligte Dritte, also sozusagen bloß als Zuschauer, beizuwohnen, sich nun, nach Bekanntwerden des Aufschubantrages, wie es heißt, eher entschließen könnten, trotz aller Abneigung gegen die Konferenz, an dieser aktiv teilzunehmen; die Einladung nach Genua sei ihnen zu überausgehend gekommen; auch müßten zuvor die auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz getroffenen Abmachungen (9 Verträge) von den hierbei interessierten Ländern (Regierungen und Parlamenten) bestätigt worden sein, da andernfalls diese Vereinbarungen mit den in Genua zu treffenden nicht im Einklang stehen könnten, wodurch statt der Klärung der verworrenen Weltlage das Gegenteil, d. h. eine noch größere Verwirrung herbeigeführt werden würde. Das Verlangen Deutschlands, wenn schon eine Vorbesprechung stattfinden soll, an ihr gleichfalls teilzunehmen, wird französischerseits als ein „Gegenschachzug“ erachtet, den man unwirksam zu machen beabsichtigt ist u. der daher wohl kaum zu einer Stö-

rung des Betriebes in der Werkstatt des Meisters Poincaré führen wird. In Italien, das seine Regierungsfrist immer noch nicht überwunden hat, wäre man mehr als froh, wenn die Konferenz in Genua sich verzögerte, da selbst dann, wenn das bisherige Kabinett Bonomi (mit geringen Veränderungen) am Ruder bliebe, wozu Aussicht vorhanden sein soll (Vertrauensvotum der Kammer in Sicht), die Regierung mit mehr Mühe die Vorbereitungen in Genua treffen und sich in die Stellungnahme zu den hier zu erörternden und auch für das Schicksal Italiens durchaus nicht unwichtigen Fragen besser hineinfinden könnte. — Die Washingtoner Abrüstungskonferenz ist am 6. d. Mts. in feierlicher Vollziehung vom Präsidenten Harding für geschlossen erklärt worden. Unter den 9 Vereinbarungen (s. oben) nimmt natürlich die erste Stelle der Viererbund-Vertrag (Amerika, England, Japan und Frankreich), betreffend die Regelung des Machtverhältnisses der Kontrahenten im Bereich des Stillen Ozeans, und die zweite Stelle das Abkommen über die Einschränkung der Marinestreitkräfte der Großmächte ein, ohne welches der Viererbund-Vertrag seinen großen Wert gehabt hätte. An dritter Stelle steht die Verständigung zwischen Japan und China wegen der von den Deutschen erbauten Eisenbahn Tsin-tsin-Tsinan, die im Laufe von 9 Monaten China übergeben werden muß, und in verschiedenen anderen Fragen (Aufhebung der sog. „Einflußsphären“ zugunsten der „offenen Tür“ etc.), an denen übrigens auch andere Staaten ein Interesse haben; auf die wir gelegentlich ausführlicher zu sprechen kommen werden. Die Klärung Sibiriens von den Japanern scheint nur sehr bedingt erwirkt worden zu sein, und wird Rußland dieselbe wohl erst mit eigenen Mitteln zu erzwingen versuchen müssen. U. i. w. u. i. w. — Die Kämpfe in der Republik des Fernen Ostens (um den Besitz von Wladiwostok und das übrige Küstengebiet) dauern an. Die „weißgardistische“ Regierung Werlowski behauptet, gestützt auf die japanische Hilfe, immer noch das Feld, obgleich arg bedrängt durch örtliche (bolshewistische) Freischaren, wie Moskauer Zirkusbrüder besagen. Doch können wir näheres hierüber auch erst ein anderes Mal berichten (Raummangel).

Das englisch-japanische Bündnis.

Von Friedrich Rosen, ehem. Reichsminister des Auswärtigen*.)

Der Koloß des Jarenreiches drückte auf alle Nachbargebiete, und sein Druck war natürlich da am fühlbarsten, wo die Widerstandsfähigkeit am geringsten war. Im Kräfteverhältnis hatte England im Bunde mit der Türkei und anderen europäischen Staaten den russischen Ausdehnungsbestrebungen ein Ende gemacht, die russische Flotte vernichtet und dem Moskowitern den Weg nach dem Mittelmeer verlegt. 1877 hatte es einen neuen Eroberungskrieg Rußlands gegen die Türkei nicht verhindern können. Es hatte aber dem Sieger an den Sparten Konstantinopels ein Halt zugerufen und noch einmal das Reich des Sultans vor dem Untergange bewahrt, nicht aber vor der fortdauernden Bedrohung seines Bestandes durch die mehr oder weniger von Rußland abhängigen Staaten der Balkanhalbinsel. Von der asiatischen Türkei hatte Rußland die drei Bezirke Batum, Karz und Ardagan erhalten. Schon vorher hatte es den letzten selbständigen Staaten Zentralasiens ein Ende gemacht und Anfang der achtziger Jahre die Turkmene unterworfen. Das Jarenreich drückte dabei schwer auf

Perien und Afghanistan, machte sich in Tibet fühlbar und bedrohte so die englische Herrschaft in Indien. In Ostasien brang es durch Bahnpässe und Landwerb nach dem eisernen Meere vor und bedrohte hier nicht nur England, sondern noch unmittelbarer das stark aufstrebende Japan.

Dem Drange der Russen zuvorzukommen, hatte 1895 Japan in einem Kriege mit China sich zum Herrn der Mandschurei-Halbinsel mit Port Arthur und Dahn (Taitenwan) gemacht, mußte diese Beute aber wieder aufgeben auf einen französisch-russischen Druck hin, dem sich höchst merkwürdiger- und ganz überflüssigerweise Deutschland angeschlossen hatte. Als danach der russische Ausdehnungsdrang auch auf Korea übergreifen begann, entschloß sich das russisch-japanische Bündnis gegen den russischen Koloß, ein David gegen einen Goliath! Führte es diesen Kampf nicht, so glaubte es das Schicksal so vieler europäisch-asiatischer Staaten teilen zu müssen, die schon im Russenreize aufgegangen waren. Zu diesem Kampfe brauchte es aber die Neutralität der anderen Mächte, und diese sicherte ihm das englische Bündnis zu. Die Einmischung eines dritten Staates zugunsten Rußlands — gemeint konnte nur Frankreich sein — verpflichtete England zum Eingreifen in einen russisch-japanischen Krieg. Die Folge war, daß — abgesehen von einigen kleinen Gefälligkeiten — Frankreich zufuhr, wie die „Nation amie et alliée“ (beseandete und verbündete Nation) von Japan niedergeworfen wurde. Anfang 1903 war das englisch-japanische Bündnis geschlossen worden, Anfang 1904 war der japanisch-russische Krieg ausgebrochen, Anfang 1905 zugunsten Japans entschieden, wenn auch die Kämpfe noch weitergingen und der Friede erst Anfang September 1905 abgeschlossen wurde. Japan hatte durch den russischen Krieg die Sicherung seiner Selbständigkeit und Machtstellung in Ostasien erreicht. Es war mit einem Schlage zur Großmacht geworden. Das Bündnis mit England hatte ihm doppelte Dienste geleistet, wie im Jahre 1870 die Neutralität Rußlands Deutschland den Sieg über Frankreich ermöglicht hatte.

Kaum weniger ertrageich war der Ausgang des russisch-japanischen Krieges für England. Während Rußland ohne feste Ausdehnung nicht bestehen konnte, war bei England das Umgekehrte der Fall. Es war gesättigt und wollte seinen Landbesitz nicht vermehren, sondern nur das Vorhandene bewahren und schützen. Deshalb ging die englische Politik in Asien und auch in Europa immer darauf aus, sich mit Rußland zu verständigen und zu einigen. Dazu aber wollte sich Rußland niemals verstehen. Nach dem russisch-türkischen Kriege hatte es der ganzen Staatskunst Disziplin bedurft, um im Berliner Kongreß als ehrlicher Wächter zu vermitteln, und das ist ihm und seinen Nachfolgern russischerseits niemals verziehen worden. Wo in der Folgezeit russische und englische Interessen aufeinandertrafen, wie in Perien und Afghanistan, nahmen die Offiziere und Beamten des Jaren nicht die geringste Rücksicht auf die Vertreter Großbritanniens, auch da nicht, wo geschriebene Abkommen vorlagen. Erst die Niederlage machte Rußland verhandlungsbereit, und damit hatte England erreicht, was es erstrebte, es hatte seinen Russenkrieg durch Japan führen lassen. Schon im Friedensschluß wurde Rußland glimpflich behandelt, und gleich danach (Anfang 1906) begannen die englischen Annäherungsveruche in die Erscheinung zu treten. Russische Anleihen wurden in London finanziert, und 1907 (31. August) kommt der formelle russisch-englische Vertrag über die Abgrenzung der Einflußsphären in Asien zustande. Genau wie vorher das Abkom-

*) Dem „Berl. Tgl.“ entnommen. — D. Schrifl.

men über Ägypten und Marokko zur Entente cordiale und schließlich zum Bündnis mit Frankreich geführt hat, entwickelte sich auch die englisch-russische Verständigung zu einem immer näheren Verhältnis. Im Frühjahr 1914 verhandelte man sogar schon über ein englisch-russisches Marineabkommen! Und im Weltkrieg bewandelte sich die Verständigung von selbst in einen Kriegsbund. Das war für England die Frucht seines Bündnisses mit Japan gewesen. (Schluß folgt.)

Die Tragödie der Wolgadeutschen.

Von Georges Popoff, (Riga).

Ich habe mich noch vor einiger Zeit selbst im heftigen Hungergebiet aufgehoben und bin auf Grund meiner Kenntnis der Verhältnisse in der Lage, eine Erklärung für den scheinbar unerwarteten Untergang der einst blühenden deutschen Kolonien zu geben. Zudem vervollständigen die Schilderungen zahlreicher Flüchtlinge aus diesen Gegenden, welche in letzter Zeit immer häufiger in den baltischen Städten eintreffen, das Bild dieser erschütternden Tragödie.

Während des Krieges, bis zum Jahre 1917, mußte der Wolgalkoloni den ganzen nationalistischen Terror der Deutschenverfolgung erfahren. Hiermit begann sein Leid. Die Februar-Revolution 1917 brachte ihm eine gewisse Erleichterung. Es tauchte der Gedanke einer Vereinigung aller deutschen Wolgalkolonien zum Schutze ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Interessen auf. Auf Anregung der Sjaratowischen deutschen Kreise wurde ein „Kongreß der Vertreter deutscher Kolonien“ einberufen. Nach der Oktoberrevolution jedoch traten die klerikalischen Elemente, die bei den Wolgadeutschen die führende Rolle gespielt hatten, zurück, und so blieben die deutschen Kolonien inmitten der beginnenden Unruhen ohne Organisation und Leitung. Im Frühling 1918 bildete sich in Sjaratow ein „Kommissariat für deutsche Angelegenheiten“. Die Begründer und ersten Mitglieder dieser Institution waren regsame Deutsche der Halbintelligenz; aus den Kolonien: Volksschullehrer, Studierende usw. Ihnen schlossen sich einige in Sjaratow lebende deutsche und österreichische Kriegsgefangene an. Man gründete eine „deutsche kommunikativen Gruppe“, und dieses Kommissariat wurde nunmehr verlegt „Njemen“ genannt. Es eignete sich allmählich die Funktionen eines administrativen Zentralorgans für die Kolonien an. Am 18. Oktober 1918 verkündete ein Dekret der Volkskommissare die Ausweisung der deutschen Kolonien aus den Gouvernements Sjaratow und Sjarawa.

nien aus den Gouvernements Sjaratow und Sjarawa. Die Kolonien sollten ein besonderes Gebiet „mit dem Charakter einer Arbeitskommune zwecks Verbreitung sozialistischer Kultur“ bilden. Nähere Bestimmungen über den Umfang der Autonomie fehlen. Im Mai 1919 siebte das „Vollzugskomitee des Räte-Kongresses der Arbeitskommune der Wolgadeutschen“ aus Sjaratow nach Katharinenbad über. So wurde diese übrigens stets als kulturelles Zentrum der deutschen Kolonien angesehen. Aufstellung Hauptstadt des neuen deutschen Gebiets. Auf Verlangen der auch hier anwesenden österreichischen Kommunisten, die alle zum Vollzugskomitee gehörten, wurde diese Hauptstadt in „Marjinsk“ umgetauft. Im Winter 1919 wurde das Gebiet jedoch direkt der Zentralbehörden in Moskau, ohne Vertretung, unterstellt, verfügt „Njemenomna“ genannt, zu der über 200 deutsche Ansiedlungen (Dörfer, Kolonien und einzelne Einfamilienansiedlungen) gehörten, die, auf dem linken und dem rechten Ufer der Wolga, zwischen Woljok und Kamyschik und in den angrenzenden Steppen gelegen, dem Wirtschaftskreis der Hauptstadt des Niederlaufes der Wolga, Sjaratow, zugezählt wurden. Dieses gesamte deutsche Wolgagebiet ist in drei, der Einwohnerzahl und Fläche nach fast gleich große Kreise (Ujesdy) eingeteilt: Katharinenbad u. Seelmann auf dem linken u. Balzer auf dem rechten Ufer der Wolga. Nach der im Jahre 1920 vorgenommenen Volkszählung ergab sich die Gesamtzahl der Bevölkerung des deutschen Wolgagebiets auf 550 000 Personen (ohne Militär).

Der ungenügende Wohlstand dieser Kolonien vor dem Weltkrieg war eine allgemein bekannte Tatsache. Dank ihrem Fleiß, ihrer Energie, höheren Kultur usw. hatten die Kolonien ihre Wirtschaft auf eine weit höhere Stufe als die russischen Nachbarn gebracht und galten deshalb überall als gediehle, doch beneidete „reiche Bauerer“ (Kulaki). Bei den Getreideernteausfällen, Mobilisierungen der Transportmittel usw. wurden sie daher auch immer härter als die Russen belastet. Sie hatten außerdem noch unter einer besondern Plage zu leiden. Fast jedes Jahr waren die Kolonien Schauplatz der blutigen Kriegsoperationen. Im Jahre 1918 wurden die deutschen Kolonien in nördlichen Teile von weißen kaiserlichen Truppen und von der damals aus Kriegsgefangenen gebildeten tschekoslowakischen Armee heimgesucht. Zur gleichen Zeit drangen ausländische Kosaken an den östlichen und südlichen Grenzen ein. Das deutsche Gebiet wurde zu einem regelrechten Kriegsschauplatz. Besonders verhängnisvoll wurde für die süßlichen Kolonien (Balzerer Kreis) der Einmarsch der Denkschen Armee im Sommer 1919, als die Weissen fast Sjaratow erreicht hatten. Die kaukasische

„Eingeborenen-Division“ (Kaufaner) der Denkschen Armee hat sich durch beispiellose Schandtaten gegen die deutsche Bevölkerung ausgezeichnet. Nach Njemen lagerte Streitkräfte das bekannte Bild: erschöpfene und als Geiseln entführte Männer, geschändete Frauen und Kinder, zerstampfte Weisen und Felder, vernichtete Obstgärten, ruinierte und verbrannte Wirtschaften usw. Die Getreideernteungen waren das Bittere: Von der Ernte des Jahres 1919 sollte die „Njemenomna“ 8 Millionen Pud (1 Pud = 16,38 Kg.) Getreide liefern. Da die Ernte zufälligerweise im Jahre 1919 eine besonders gute war, so konnte dieses Quantum mit einigen Anstrengungen auch geliefert werden, natürlich mit bedeutender Verringerung der zum Selbstverbrauch im Gebiet erforderlichen Menge. Diese prompte Lieferung der deutschen Wolgalkolonien im Jahre 1919 veranlaßte jedoch das Verpflegungskommissariat, seine Forderungen für das Jahr 1920 wesentlich zu erhöhen. Es forderte im Jahre 1920 die Lieferung von 13 Millionen Pud Getreide. Infolge der schon in diesem Jahre eingetretenen Dürre und Missetaten wurden jedoch im Herbst 1920 bloß 3 Millionen Pud aufgebracht, das heißt weniger, als für den Selbstverbrauch der deutschen Wolgagebiets nötig war. Das Verpflegungskommissariat bestand aber auf der prompten Erfüllung. Da diese nicht möglich war, begann man im Herbst 1920 das Getreide zwangsweise einzunehmen. Doch trotz aller Bemühungen vermochte man bis zum Winter 1920 fast nichts einzutreiben. Dem schon begann zu dieser Zeit der Hunger in den Kolonien zu wüten. Schon wurden im November und Dezember 1920 in den „oberen“ (nördlich von Katharinenbad) gelegenen katholischen Kolonien Hungertodesfälle, hauptsächlich unter den Kindern, verzeichnet. In vielen Häusern aß man bereits statt Brot verschiedene Surrogate (ungemahlenes „Weißkorn“), der Flecktyphus forderte seine ersten Opfer. Im Februar 1921 nahmen die Hungererscheinungen bereits erschreckende Formen an. Kinder wurden von ihren Eltern, welche sie nicht mehr ernähren konnten, aus den Dörfern nach den Städten geschickt, wo sie mit geschwollenen oder gar nicht abgemagerten Gliedern, heißen Wangen und flackernden Augen zerstreut im Straßenstaub herumwühlten und herzerweichend um Brot bettelten. In diesem Unglück erlosch damals alles eine Rettung von der kommenden guten Ernte. Die verzweifeltsten Bauern bedachten mit dem letzten Rest ihrer Kräfte die Felder, aber die Natur selber schien sich gegen das Wolgagebiet verschworen zu haben: einen so heißen, trockenen Sommer hatte es hier seit Jahrzehnten nicht gegeben. Das Korn und die Pflanzen verdorrten und verbrannten, ehe sie gereift waren. Außerdem verschärfte ein heftiges

*) Aus der Nr. 958 der „Frankf. Ztg.“ vom 25. 12. 21. — D. Schrift.

F e n i l l e t o n .

Die deutsche Eiche.

Die Eiche, wo sie wurzelt,
Steht viele hundert Jahr.
Die Zeiten ziehn vorüber,
Sie steht immerdar.

Die Eiche, die Väter pflanzen,
Sie wächst und blüht im Land.
Die Väter kamen, gingen,
Die Eiche immer stand.

Geschlechter sanken nieder,
Und stunden wieder auf.
Sie zogen all' vorüber
In wechselfreiem Lauf.

Die herrl. Eiche aber,
Sie grünet fort und fort,
Und wird wohl ewig grün —
Der deutschen Töne Hort.

Konstantin Jusafeff.
(Kaukasien).

Camille Saint-Saens.

Die Nachricht von des großen Komponisten Ableben (am 9. Okt. 1885 in Paris geboren, 87 der Meister 86 Jahre alt geworden, auf einer Reise in Belgien hat ihn der Tod ereilt) wird bei uns — so schreibt Dr. Leopold Schmidt im „Berl. Tgbl.“ — vielleicht mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Wir hatten ihn eigent-

lich; wir haben ihn noch vor seinen Landsleuten auf den Schild gehoben, haben seinen Geist, sein Können, seine Schaffenskraft bewundert. Er aber haßte Deutschland aus chauvinistischen Regungen und blieb unser unerbittlicher Gegner. Das hat ihm nicht einmal in Frankreich genügt; je härter er und neuen Richtungen unzugänglich blieb, desto schneller geriet er ins Hintertreffen, und gar zuletzt wurden ihm selbst Angriffe nicht erspart. Saint-Saens gehörte einer früheren Epoche an. Da war er Meister in des Wortes voller Bedeutung, eine interessante Erscheinung, ein Ruhm seines Vaterlandes.

Seltzam, daß der Künstler in ihm so gar nicht den Menschen beeinflusste. Denn seine Kunst hing doch in ihren Wurzeln in mancher Hinsicht mit der deutschen zusammen. Die Einflüsse Bachs, Beethovens, unserer Romantiker und Bizets sind unverkennbar in seiner Musik. Wir aber wollen Mensch und Künstler trennen und dankbar des wunderbaren Meisters gedenken.

Saint-Saens schöpft zweifellos aus dem Vollen. Er war technisch ein Köhner, der seinesgleichen suchte, ein Meister der Form, stets klar und präzise und in der Ausführung, wenn auch nicht von letzter Tiefe und Originalität, doch immer anmutig, ausdrucksvoll, wahrheits-, geschmackvoll. Seine symphonischen Dichtungen, wie „Danse macabre“, „Rouet d'Omphale“ usw., manches in seinen Symphonien, seiner Klavier- und Kammermusik auch das Violinkonzert in H-moll, von den Opern: „Samson et Dalila“ — sind aus seinem reichen und vielseitigen Schaffen Werke von bleibendem Werte.

Saint-Saens war auch als ausübender Künstler von Bedeutung, als Organist und besonders als Pianist. Sein Klavierpiel war noch im hohen Alter von unjagbarem

Schmelz, seine Technik von einer verlebten Sauberkeit, die seine Mitwirkung in Konzerten zu einem erlebten Genuß machte. Nicht Frankreich allein trauert an seiner Waise.

Die deutsche Konkurrenz.

D. A. Z. — Aus N. Y. schreibt der Vertreter des Deutschen Ausland-Instituts: „Vor einem Komitee des Senats finden Beratungen von Sachverständigen über den Zolltarif statt; das frühere Abgrenzungsgesetz Littours vom Staat New-York erklärte bei diesen Verhandlungen, daß die amerikanische Chanoissette-Handschuh-Industrie von der deutschen Konkurrenz vernichtet worden sei. Die amerikanische Industrie nahm die Erzeugung dieser Handschuhe, die aus Baumwolle gemacht werden und imitierte Gamslederhandschuhe sind, nach Ausbruch des Krieges auf; im Jahre 1917 wurden 12 000 000 Paar erzeugt und im darauffolgenden Jahre über 15 000 000.“

Im Jahre 1919 setzte die deutsche Konkurrenz wieder ein und die Produktion ging auf 800 000 Paar herunter, um schließlich ganz eingestellt zu werden.

Ein anderer Fabrikant — in Watertown, N. Y., der das Zeug herstellt, aus welchem diese Handschuhe verfertigt werden, erklärt, daß seine Fabriken der deutschen Konkurrenz wegen geschlossen werden mußten. Amerika könne mit Deutschland nicht konkurrieren, selbst wenn den Handschuhfabrikanten das Zeug unsonst geliefert würde, denn die Herstellung der Handschuhe koste hierzulande allein mehr als in Deutschland die Fabrikation von Stoff und Handschuhen zusammen.

rauenvolles Natureignis vollends die Notlage: im Frühling 1921 trat die Wolga überhaupt nicht aus ihren Ufern heraus, die Wiesen wurden nicht, wie alljährlich, überschwemmt, so daß vom ersten Tage die Bewässerung ausblieb und es schon im Mai völlig klar war, daß nun eine die dagewesene Misereit bevolstand und Mensch und Vieh dem sicheren Hungertode entgegengingen.

Moskau erfuhr der Schrecken: die sowjetrussische Administration wurde eilig abberufen und die frühere deutsche Verwaltung wieder eingesetzt. Doch nun war es zu spät: die Lage konnte nicht mehr gerettet werden. Die Bevölkerung der deutschen Wolgatalonien begann in panischem Schrecken zu fliehen. Täglich sah man ungezählte Bauernfamilien mit ihrem karglichen Gut ihre angeklammerte Scholle verlassen. Auf die Frage: „Wohin?“ erteilten sie meist dieselbe stereotypische Antwort: „Wir fahren, Brot suchen!“ Das Reisziel war verschieden, man fuhr nach der Ukraine, nach Sibirien, nach Turkestan. Ob die Leute das Ziel erreicht haben, ist zweifelhaft, manche mußten bereits vom Staratow zurückkehren. Denn die Auswanderung war nicht organisiert, niemand kam den Auswanderern zu Hilfe, und viele von ihnen wurden vor der Abfahrt beim Verkauf der Häuser und des Ackergeräts von speziell aus Moskau angereisten Aufkäufern ausgebeutet. So haben manche Bauern ihre Wirtshäuser (Haus, Hofgebäude usw.) für 6000 bis 4000 Rubel in Zarengeld (500 Mark) verkaufen müssen. Um das Unglück zu vervollständigen, begann im Mai die Cholera aus schrecklichsten im Wolgagebiet zu wüten: die meisten Opfer forderte die Epidemie unter den Auswanderern. An jeder größeren Haltestelle dieser Flüchtlinge sah man frische Grabhügel; hier fanden meistens die Kinder ihre letzte Ruhe und Erlösung von den Qualen des Hungers. Selbstverständlich war die Massenwanderung nicht die einzige Reaktion der Bevölkerung auf die hereinbrochene Katastrophe. In verschiedenen Distrikten des deutschen Gebiets brachen im Frühling und im Sommer Bauernaufstände aus, die vielen Hunderten das Leben gekostet haben. Der Sommer 1921 war für diese an der Wolga fast 200 Jahre ansässigen deutschen Kolonisten der grauenvollste seit unendlichen Zeiten: Hunger, Epidemien, Aufstände, Massenwanderung und eine allgemeine tiefgehende Verarmung hat diese einst reichen Ansiedlungen in eine Wüste verwandelt. Wohl hat die Sowjetregierung verfügt, sie werde die Verpflegungsteuer in den nächsten Jahren von dem deutschen Gebiet überhaupt nicht erheben. Aber dieses allein wird zum Wiederaufbau nicht genügen, es ist Hilfe von außenwärts nötig. Man muß dieses Häuflein Deutscher vom sicheren Hungertode retten, vor allem den Kindern helfen, Krankenheiten

bekämpfen und den Kolonien auch Mittel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau schaffen.

Die Landpolitik und Landwirtschaft in Sowjet-Georgien.

Auf dem 1. Parteitag der Kommunisten Georgiens, welcher vom 28. Januar bis zum 1. Februar stattfand, hat am 29. 1. der Volkskommissar der Landwirtschaft B. Macharadze einen ausführlichen Bericht über die Landpolitik und die Landwirtschaft in Sowjet-Georgien erstattet, in welchem er, nach der Wiedergabe desselben in Nr. 275 des „Pravda-Grün“ vom 31. 1., unter anderem folgendes erklärt hat:

„Die Hebung der Landwirtschaft ist zurzeit für die Sowjetgewalt eine Frage von grundsätzlicher, erstwertiger und dringlichster Bedeutung. Welchen Zweig der Staats- oder Volkswirtschaft man auch in Betracht ziehen mag, jeder weiß als Grundlage in der einen oder anderen Form die Landwirtschaft auf. Die „neue Wirtschaftspolitik“ hat denn auch anfangs die Verbesserung und Hebung der Landwirtschaft fast ausschließlich in Auge gehabt; gar bald aber richtete sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Industrie und die Finanzen, und nun waren die Interessen der Landwirtschaft fast einmütig, wenn auch nicht vergessen, so doch an die zweite Stelle gerückt. Wie dem aber auch sei, bei uns in Georgien bildet die Landwirtschaft die alleinige Grundlage für die weitere Entwicklung von Industrie und Finanzen. Und es bedarf keines Beweises daß bei Verwirklichung der „neuen Wirtschaftspolitik“ unsere Partei sowie die Sowjetgewalt hier der Landfrage und der Landwirtschaft die größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen.“

Die Fragen, welche sich beziehen: einerseits auf die Landpolitik — Landverteilung und Landnutzung — und andererseits auf die Hebung der Landwirtschaft — Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft u. s. w. —, zerfallen für uns in zwei Gruppen, betreffend: 1) die Politik der Uebergangszeit und 2) die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft und die Bekämpfung ihrer Notlage.

I. Die Landpolitik. — Die Verbesserung der Landwirtschaft unter den derzeitigen, schwierigen Verhältnissen hängt hauptsächlich von einer erfolgreichen Durchführung der Landreform im Wege der Landverteilung ab. In den 9—10 Monaten seit Erscheinen des ersten, grundlegenden Landgesetzes (Dekret Nr. 17) hat das Volkskommissariat der Landwirtschaft, ungeachtet der ungenügenden Schwierigkeiten, diebezüglich eine gewaltige Botschaft geleistet, ohne welche die Bewirkung dieser — ich kann

nicht anders sagen — wahrhaft großartigen Landreform, die der Ausbeutung der Bauernschaft ein Ende setzen soll, indem sie die Beziehungen der Menschen zueinander u. der Menschen zu der sie umgebenden Natur von Grund aus ändert, nicht denkbar wäre. Diese Arbeit bestand in folgendem: Wir haben auf dem höchsten Gebiet der Republik festgelegt: a) die Anzahl der landwirtschaftstreibenden Bevölkerung, nach den einzelnen Siedlungen, Arbeitsfähige und Arbeitsunfähige getrennt; b) die Anzahl der Familien, gleichfalls nach Siedlungen geordnet, mit genauen Angaben über den Umfang des von ihnen genutzten Landes, die Urtrieren desselben: Quantität, Alter, wertvolle Anpflanzungen, Waldbestand usw., und c) das Mittel des Landbesitzes pro Kopf, für jede Siedlung festgestellt. Dank dieser Arbeit besitzen wir nun ein höchst wertvolles Material zur Bestimmung der Größe unseres Staats Landbesitzes, nach den einzelnen Bezirken, Kreisen und Siedlungen, desgleichen zur Bestimmung des Grades der Landnot in den einzelnen Bezirken und Kreisen. Dieses Material bietet uns die Möglichkeit einer richtigen und planmäßigen Durchführung der bereits in August genannten Landreform. Selbstverständlich hat das Kommissariat der Landwirtschaft gleichzeitig noch andere Arbeit zur Durchführung der Landreform geleistet, indem es nämlich durch seine Untergänge an Ort u. Stelle die Landfrage mit hin dadurch zu lösen bestrebt gewesen ist, daß es den einen das Zuviel an Land abgenommen und es anderen, die dessen bedürftig, übergeben hat. Auf diese Art ist der Landunger nach Möglichkeit gefüllt worden. Es wurde den landlosen und landarmen Bauern hierbei allerdings mitgeteilt, daß diese Zuweisung von Land noch keine endgültige, sondern nur zeitweilige sei, nämlich bis der Landvorrat und die Landnot bei uns auf dem gesamten Gebiet der Republik festgelegt sein würden. Diese Arbeit hat sich leider infolge verschiedener Umstände nicht überall mit gleichem Erfolge entwickeln können. Denn hier und da haben sich nicht bloß unsere Untergänge (Landwirtschafts-Abteilungen), sondern auch die örtlichen Revolutionskomitees in dieser Hinsicht lange nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt, es sind Fälle vorgekommen, wo sie sich teils — aus Unkenntnis der einschlägigen Dekrete und sonstigen Gesetzesbestimmungen — zu den Anordnungen und Maßnahmen des Volkskommissariats der Landwirtschaft gleichzeitig verhalten, teils ihnen sogar Widerstand entgegengekehrt haben: So hat es im Sommer 1921 besonders im Kreise Gori viele Mißverständnisse gegeben, als nämlich einige unruher Ausdreschen und Anweisungen bei Erhebung der „Säle“ (Zehnten) irrig im Sinne einer Begünstigung der früheren Grundbesitzer ausgelegt wurden. Doch sind alle diese Miß-

Al edla Aufgab.

D'r Baberley isch Witwer g'wora.
Ja, des sind halt so Sada,
Wenn to a Ma' no neabam G'schäft
Soll losch, branta, baha.
Zanzicht hot 'r Müllers Käts'r g'bet,
A widerwärtigs Weiba;
Da Satan hocht in iebrem G'richt
Lo weitem konna leaß.
Die zwoi hant g'haus wie Hond und Kay;
Derr! Des isch g'wora a Weiba!
Dor hot's ein Schreit da ganza Tag
Und zechmal Prügel geoba.
Sie isch bald g'schorba, und d'neun
Hol's Müllers Liefsar g'nomma;
Dau isch 'r aber von d'r Trauf
Nischt recht in Reaga konna.
Am zwoita Tag hot's ear scho g'wüßt
Und drüber g'bet kein Zweifel,
Dass dau, grad wie h'r Käts'r, sei
A ganz verdüssner Teufel.
Dau isch a'ganga in d'r Früeh
Schau 's Schimpfa, 's Schreia, 's Fledcha,
Und zwüscha 'nei hant je schongliert
Mit Raffers'schirt und Rueda.
Und wann nau of'mauls wölla hot
Des Schenpfa no net flacca,
Nau hant sie ihre faule Gäut'
No visiert mit Schäckla.
Und in deam Kampf von d' Herrschicht isch
G'wis koin verjagt und g'wicha,

Bis ihre Büdel zwetschagblau
Und güa sind g'wora ang'schrichta,
„Will gar net reda dau d'rovo',
„Wie oft und viel hant mir g'ho
Da Tisch und Stischel und 's Kücheg'schirt
Dankulo'ger Weis' mitbücha.
Dau sind oft d'Gäsa wie d'r Blig
Am Tex en Kopf na'g'floga,
Und ear hot d'Leit' non an de Haur
Da Hansggug vürrezoar.
Ihm Schluss hot ear an Kopf ihr g'häsa
Da Dackpal samt am Gara;
Sui hols Riederse g'langt und isch
Cahm aber d' Ma' rag'sebra.
Und so ischts ganza Tag für Tag,
Wie Tigger mit de Klana
Sind j' ällwöl uf anander los
Und hant anand' verbaun.
„Gottlob!“ hot jeder denkt und g'hatt,
Wie 's d'Leit' hot enole g'riffa,
„Jest kriegt d'r Kud'r' wieder doch
An extra gueta Bissa!“ —
Beim Müller hot's no oine gea,
An reachta Hülladracha;
Mit deara will d'r Baberley
Jest au no Hanszig macha.
„Au!“ jaget d'Leit', „dau werd ehm wöhl
Nischt recht da Müschter weida,
Du weard eahn wöhl sei bisle Hour
Und d' Galla 'raus voll reissa!“

Und au d'r Pfarr, dear fait zom Tex:
„Macht' nomaul domme Sada?
Wüßst du jeh' 's drittamaul zu de Höll
Dei bisle Weaba macha?
Wie mit d'r Käts'r und d'r Viej'
Du g'haus' heischt, wearst wöhl wissa!
Jest wüßst du d' Leita? Du verjast
Nischt recht die jeden Bissa!“
„Derr Pfarr!“ fait dau d'r Bader drauf,
„Wenn du nähen so an Baura
Und dar müßt du a Jauch lang hau,
Derr Keat, darr lit-me daua.
Grad weil's a Teufel isch, nimm i
Jest an no 's Müllers Leita;
Denn i haun mir zur Aufgab g'macht,
Da ganza Stamm aus' eritta.“
(„Schwab. Reimschmiede“).

Ballade.

1. Brausend wie der Hölle Jorden
Zegt durch's Tann der wilde Sturm,
Scheu vertreiben sich im Moos,
In dem seuchten, Molsch und Wurm.
2. Dort an Felsen, wo der Donner
Schauerlich das Echo weht,
Wo die Tannen ätzend rauschen —
Nicht amauf a Ost' verreckt.

verständnis durch rechtzeitiges, nachdrückliches Einschreiten des Volkskommisariats der Landwirtschaft schnell wieder behoben werden. (Fortf. folgt.)

Die Konferenz der Delegierten der Kreis-Landkomitees in Georgien

(5.—9. Februar d. J.).

Der Hauptzweck dieser Konferenz war die Besprechung der Grundzüge der neuen Wirtschaftspolitik in bezug auf die Landwirtschaft und der Grundlagen der bevorstehenden Landreform. Die Konferenz trug einen fast ausschließlich informierenden Charakter. Der Vorsitzende der Konferenz, P. B. Macharadse, Volkskommissar der Landwirtschaft, und sein Stellvertreter K. Katschwilis sowie die Vertreter der verschiedenen Abteilungen des Landwirtschaftskommisariats (Agrar- und Meliorations-, Forst-, Veterinär-, Saat- und Landfonds-Abteilung) entwickelten der Versammlung ihren Plan betreffs Durchführung der neuen Wirtschaftspolitik auf den entsprechenden Gebieten.

Es sei hier gleich betont, daß die Maßnahmen, welche die Regierung zur Durchführung der Agrarreform und Hebung der Landwirtschaft vorgenommen hat, sich im ganzen nachtern und sachlich annehmen. Wenn es der Regierung gelingen sollte, sie zu verwirklichen, so dürfte man gewiß hoffen, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Lage Georgiens, die ja auf der Landwirtschaft ruht, allmählich bessern würde. Daß diesbezüglich ein entscheidendes und planmäßiges Vorgehen in der Tat notwendig ist, folgt unter anderem auch aus den Berichten der Vertreter sämtlicher Kreise, welche die gegenwärtige Lage meist in den düstersten Farben schilderten.

Die Verhandlungen wurden im Rahmen des Berichts geführt, den P. B. Macharadse auf der Ende Januar stattgefundenen I. Tagung der Kommunistischen Partei Georgiens erstattet hat. Ein Auszug aus dem Bericht findet sich in dieser Nummer an anderer Stelle*). Hinzu sind auch einige Vertreter der georgianischen Bauernschaft und von Seiten unserer deutschen Organisationen — der Vorsitzende des Nat.-Rats E. Kamparter, der ehemalige Verbandsleiter des Nat.-Rats R. Bühl und der Vorsitzende des Kachetienfeldes Landkomitees Eduard Krowmer.

Was die Frage der Festlegung der neuen Normen des Landbesizes, richtiger gesagt — der Landnutzung, anbelangt, so haben sämtliche Kreislandkomitees diesbezügliche Entwürfe vorgelegt. Die endgültige Ausarbeitung der Normen, unter Berücksichtigung dieser Entwürfe, soll einer besonderen Kommission übertragen werden, deren Befehd vom Landwirtschaftskommisariat bestimmt werden wird.

Die Bestimmung richtiger Landnormen, d. h. solcher, die den Land- und sonstigen in Betracht kommenden Verhältnissen in den einzelnen Bezirken entsprechen, ist zweifellos eine der wichtigsten Aufgaben der Landreform. Denn falls die Normen zu niedrig angesetzt werden sollten, so könnte sich der Staat, namentlich bei seiner jetzigen schweren wirtschaftlichen Lage, in der Landwirtschaft schwerlich eine feste Basis schaffen; denn der Kleinbauernstand würde dann nicht instande sein, mit eigenen Mitteln seine wirtschaftliche Lage aufzubessern, und deshalb dem Staat zur Last fallen. Aus diesem Grunde ist der Beschluß der Regierung, die neue Wirtschaftspolitik hinsichtlich der Landwirtschaft auf dem Mittelbauernstand aufzubauen, unter den gegebenen Verhältnissen durchaus als zweckdienlich zu erachten. Es handelt sich hierbei nur noch darum, daß der Begriff „Mittelbauernstand“ und die diesem entsprechende Landnorm richtig bestimmt werden. Die Bedingungen, die geschaffen würden, müßten aber nicht nur dem leiblichen Wohl der Bauernschaft Rechnung tragen, sondern ihm auch die Möglichkeit kultureller Entwicklung bieten.

Bei dem großen Mangel an Land in Georgien könnte dies einigermaßen vielleicht dadurch erreicht werden, daß der zurzeit nicht geringen Zahl von Bürgern (Handwerkern, Beamten, Händlern, Arbeitern u. s. w.), die sich infolge der schwierigen Lebensverhältnisse in der Stadt auf Land begeben haben und als neue oder ehemalige Bauern Land

beanspruchen, sowie dem überschüssigen Teil der eigentlichen Bauernschaft die Möglichkeit geboten würde, sich anderweitig, in industriellen oder sonstigen Unternehmungen, zu betätigen, wobei denselben natürlich die Existenzmöglichkeit gesichert werden müßte. Auf diese Weise würde sich die Zahl der Landbedürftigen bedeutend verringern, und die Erhöhung der Landnormen bis zu dem Minimum, das noch einen einigermaßen ergiebigen Landwirtschaftsbetrieb gewährleisten, wäre möglich.

Wir wollen hoffen, daß die erwähnte Kommission zur endgültigen Ausarbeitung der neuen Normen, die diese Aufgabe im Verlauf eines Monats zu erledigen haben wird, neben den anderen Erwägungen auch obige berücksichtigen und somit eine wirklich lebens- und arbeitsfähige Bauernschaft in Georgien schaffen wird.

Was die praktische Durchführung der Landreform betrifft, so soll hiernit im Laufe dieses Jahres begonnen werden. Von einer vollständigen Umteilung des Landes ist ja keine Rede; es wird nur denjenigen, die über die Norm besitzen, der betreffende Teil abgetrennt und denen, die zu wenig haben, zugeteilt werden.

Es dürfte nicht überflüssig erscheinen, noch auf folgenden Umstand hinzuweisen: Bei der Konferenz wurden von Seiten einiger Delegierten die Befürchtung geäußert, daß in Anbetracht der bevorstehenden Landreform viele Bauern, deren gegenwärtiger Landbesitz die vorausgesetzliche Norm übersteigt, ihre Saatfläche schon jetzt entsprechend vermindern könnten, um nicht, falls die Reform noch vor der Ernte durchgeführt würde, des Ernteertrages vom abgetrennten Teile verlustig zu gehen. Hierauf wurde aber von Seiten der Zentralbehörde die kategorische Erklärung abgegeben, daß die Reform in keinem Falle die diesjährige Ernte berühren werde. Somit kommen alle diesbezüglichen Besürchtungen in Fragefall. Ein jeder Landwirt behaupte getrost sein Land nach Kräften weiter und veresse nicht, daß vom Ertrage der nächsten Ernte nicht allein seine persönliche wirtschaftliche Lage, sondern gewissermaßen auch die des Staates abhängig ist.

R. d. N. R.: E. L.

Begriff der Arbeitsschule.

(Auszug aus dem gleichnamigen Bude von Kerjens-Reiner, besorgt von J. Walker.)

(2. Fortsetzung.)

III. Die zweite und dritte Aufgabe der öffentlichen Schule.

Die zweite Aufgabe, die wir aus dem Zweck aller öffentlichen Schulen abgeleitet haben, ist die Verwirklichung der Berufsaufgabe. Die Verwirklichung aller Handlungen beginnt da, wo sie ausgeübt werden, entweder am inneren oder am äußeren Personalwert zu erhöhen, oder wo sie aus einer uneigenartigen Neigung zu einem sittlichen Fremdwert entspringen. Eine Schulkasse so gewissenhaft als möglich zu führen, weil man als Lehrer zu ihrer Führung berufen und für diese Arbeit bezahlt wird, ist noch nicht sittlich. Das gleiche ohne Rücksicht auf Bezahlung tun, weil man sonst die Achtung vor sich selbst verlieren würde, ist bereits Sittlichkeit. Es zu tun aus reinem Gefallen an dem inneren Wert, an der inneren Erhöhung, die wir bei solcher Bemühen fühlen, auch ohne Rücksicht auf das strafende Bewußtsein, ist sittlicher. Es zu tun, weil man sich keine schwerere Aufgabe denken kann, als in dieser Weise dem Fortschritt der Gemeinschaft der Menschen zu dienen, ist am sittlichsten.

Das Bewußtsein, daß man eine Arbeit, und wäre es auch die kleinste und niedrigste, zum Wohle einer Gemeinschaft ausführt, der man angehört, leitet immer die Verwirklichung unserer Tätigkeit ein. Um dieses Bewußtsein durch die Schule zu entwickeln und aktionsfähig zu machen, gibt es zunächst kein anderes Mittel als die Organisation des Schulleibes im Geiste der Arbeitsgemeinschaft.

Kein Gedanke ist aber unsrem deutschen Schulwesen fremder geblieben als der Gedanke der freiwilligen Arbeitsgemeinschaft.

Sanz anders ist dieser Gedanke in den englischen u. amerikanischen Schulen eingedrungen. In einer großen Anzahl von Schulen dieser Länder sind die Fragen der Klassen- u. Schuldisziplin der Selbstregierung der Schulen anvertraut und der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft in

literarischen, sportlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Schülerverbänden verwirklicht.

Mit der Durchführung des Prinzips der Arbeitsgemeinschaft ist aber nicht bloß eine der wirksamsten Kräfte der Verwirklichung der Berufserziehung unserer Schulen gegeben, sondern es werden auch eine ganze Reihe von wertvollen Eigenschaften entwickelt, die sonst kaum in regulären Schulbetrieb zu erlangen wären, wie die Feinsichtigkeit und das Bewußtsein der Verantwortlichkeit.

Eine Schule nun, die nicht instande ist, den sittlichen Geist der Eingabe an andere durch das Mittel der Arbeitsgemeinschaft und des sich auf ihren sittlichen Gewohnheiten aufbauenden Stoffunterrichts zu bilden, ist noch viel weniger geeignet, die dritte und letzte Aufgabe in Angriff zu nehmen, die wir aus dem Zweck der öffentlichen Schule abgeleitet haben: ihre Schöle anzuweisen, an der Verwirklichung des großen Gemeinwesens, in dem sie leben und ihre berufliche Tätigkeit ausüben, mitzuwirken. Für diesen höchsten Akt der staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend ist eben die frühzeitige Gewöhnung, im Dienste einer Idee zu arbeiten, das weitläufig Wichtigste.

Was dabei die Volksschule mit gutem Erfolge durchführen könnte, das ist: Die Schüler an der Verwirklichung ihres eigenen kleinen Gemeinwesens der Klasse oder der ganzen Schule, ihrer eigenen kleinen Schul-Lebensgemeinschaft, durch Zweigverbände, die dazu aus den Schülern organisiert sind, praktisch arbeiten zu lassen. Sie könnte dies nicht nur, sie tut es bereits, und zwar in Tausenden von Volksschulen der Vereinigten Staaten in Nordamerika. Der „Schulstaat“ ist jenseits des Ozeans längst kein theoretisches Problem mehr. Selbst in der riesigen Stadt New-York findet man in der 110. Volksschule ein glänzendes Beispiel. Eine Klasse dieser Schule hatte sich vor etwa 12 Jahren eine Verfassung gegeben. In der Urkunde, welche die Verfassung festlegt, sind den Bürgern auch eine Reihe von Schülerversordnungen vorgegeschrieben, z. B. „höflich und gütig zu sein gegen alle“, „alles zu vermeiden, was gegen die Gesetze des Staates oder der Stadt ist, oder was das Recht und das Glück anderer verletzt“, „ändern ein gutes Beispiel zu geben“, „alles zu tun, was die Wohlfahrt der Schule fördern kann“ u. s. w. Die Rechteerhaltung der Gesetze sind zwei eigene Gerichtshöfe gebildet, einer von den Knaben, einer von den Mädchen. Der Erfolg war nach den Mitteilungen der Lehrerin so gut, daß der Staat sich allmählich ausdehnte und heute alle höheren Klassen umfaßt. Die Nachbarschaft der Schule ist eine der dichtestbesiedelten der Welt. Alle Nationalitäten scharen sich in riesigen Logierhäusern um die Schule: Russen, Italiener, Deutsche, Polen, Österreicher, Ungarn, Rumänen, Griechen. Das Notwendigste war hier, den Kindern dieser einander gänzlich fremden Klassen ein selbstloses Interesse aneinander zu lehren, von ihnen heraus Autorität zu entwickeln, statt ihnen Autorität aufzudrücken, und den Kindern zu zeigen, daß Ordnung besser ist als Anarchie. Jeder Bürger wurde Lehrer eines neuzugewanderten fremden Kindes. So wuchs der Schulstaat auf einer gesunden Basis. Die kleinen Bürger sind gütig gegen die kleinen Verbrecher, nur verzögert sie, mit ihnen zu spielen. „Der einzige Weg, auf welchem sich eine Selbst-Regierung hoffen kann, erfolgreich zu sein“, meint die Leiterin der 110. Schule, „ist, daß die Lehrer sich nicht dareinmengen. Sie müssen, äußerlich wenigstens, diese Regierung ignorieren.“ „Ich selbst“, sagte sie, „habe noch niemals den Kindern einen Rat gegeben, ausgenommen zu der Zeit, da die Kinder ihre Verfassung vorbereiteten. Und von dieser Zeit an leben sie genau nach dieser Verfassung, und die ganze Selbstregierung hat die Schule, die einst vor 10 Jahren als die schlechteste der Stadt galt, zu einer der besten umgewandelt.“ (Schluß folgt.)

Herausgeber: Der Z.-B. des Verbandes der transk. Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Jusafjew, im Auftrage des Redaktionskomitees.

Zwei deutsche Mädchen,

Flüchtlinge aus dem hungernden Wolgagebiet, 15 u. 18 Jahre alt, mit 2—3 Klassen russ. Sprachausbildung, suchen Aufstellung im Hause oder sonstige Beschäftigung. Anfragen zu richten an den Deutschen Nationalrat — Tiflis, Wladimirstr. № 108.

*) Leider erlauben es uns die Raumverhältnisse nicht, den ganzen Auszug in einer, d. h. der vorhergehenden Nummer zu bringen; er wird wahrscheinlich durch 3 Nummern gehen. — Die Schriftleitung.